

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Europa und Internationales**

#### **zu der Mitteilung der Landesregierung vom 28. Juni 2013 – Drucksache 15/3703**

#### **Bericht über aktuelle europapolitische Themen**

##### Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 28. Juni 2013 – Drucksache 15/3703 – Kenntnis zu nehmen.

11. 07. 2013

Der Berichterstatter:

Joachim Köbler

Der stellvertretende Vorsitzende:

Karl Rombach

##### Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales beriet die Mitteilung Drucksache 15/3703 in seiner 19. Sitzung am 11. Juli 2013. Vorberatend hatten sich der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft in seiner Sitzung am 4. Juli 2013 und der Ständige Ausschuss in seiner Sitzung am 11. Juli 2013 mit dieser Mitteilung befasst.

Da der Ausschuss öffentlich tagte, wurden die Namen der Redner im nachfolgenden Bericht nicht anonymisiert.

Minister Peter Friedrich führte aus, die Landesregierung wolle die von der Europäischen Union angedachte Jugendgarantie im Länderkontext beleuchten. Die Bundesregierung sollte hierbei die Länder einbeziehen, weil die Länder das entsprechende Know-how hätten. Die Bundesregierung habe auf diese Forderung allerdings zunächst sehr unbestimmt reagiert. In der Sitzung des Bundesrats am 5. Juli 2013 hätten sich die Länder daher erneut nachdrücklich dafür eingesetzt, einbezogen zu

Ausgegeben: 09. 09. 2013

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet  
abrufbar unter: [www.landtag-bw.de/Dokumente](http://www.landtag-bw.de/Dokumente)*

*Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.*

werden, wie aus dem dazu eingebrachten Antrag, Bundesratsdrucksache 554/1-13, hervorgehe. Er befürchte, dass die strukturellen Maßnahmen wie die Schaffung einer länderübergreifenden Ausbildung oder die Stärkung der dualen Ausbildung durch die Bestrebungen der Europäischen Union ein wenig unter die Räder geraten.

Die Landesregierung habe bereits verschiedene Maßnahmen ergriffen, um die duale Berufsausbildung auch in anderen Ländern zu verankern. So sei das Thema z. B. in der Arbeitsgemeinschaft „Vier Motoren für Europa“ behandelt worden. In absehbarer Zeit solle zudem am Oberrhein eine bilinguale Ausbildung ermöglicht werden. Im Rahmen der Donaauraumstrategie sei bereits mit 14 Ländern eine Multiplikatorenschulung an der Landesakademie für die Lehrerfortbildung in Esslingen durchgeführt worden.

Baden-Württemberg sei hier, wie auch einige andere Bundesländer, sehr aktiv. Nun müsse abgestimmt werden, welche Bundesländer mit welchen Partnerregionen kooperierten. Außerdem bedürfe es kontinuierlich Mittel der Europäischen Union, um die bestehenden und angedachten Programme zu nutzen. Er sei zuversichtlich, dass nach Verabschiedungen des Haushalts der Europäischen Union in der neuen Förderperiode ab 2014 derlei Programme finanziert werden könnten.

Der Bundesrat habe in seiner Sitzung am 3. Mai dieses Jahres den Entwurf eines Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union (EUZBLG) behandelt. In der Sitzung des Bundesrats am 7. Juni 2013 sei bereits das Gesetz über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union ohne großen Diskussionsbedarf verabschiedet worden. Dies habe einen Vertrauensvorschuss dargestellt, damit der Bundestag die Länder in Angelegenheiten der Europäischen Union ebenfalls ohne großen Aufhebens zu machen, einbeziehe. Allerdings halte die Bundesregierung hinsichtlich des EUZBLG einige Punkte nach wie vor nicht für geklärt. Insofern sei er ein bisschen enttäuscht, dass nicht gewährleistet sei, dass das EUZBLG noch in dieser Legislaturperiode des Bundestags verabschiedet werde. Nicht nur Bundestag, sondern auch Bundesrat hätten Bedenken geäußert bezüglich einer Pflicht zur Informierung der Länder.

Am 3. Juni dieses Jahres hätten die Trilogverhandlungen Einvernehmen hinsichtlich des mehrjährigen Finanzrahmens ergeben. Dieser sei jedoch noch nicht verabschiedet worden. Voraussichtlich werde daher erst im Herbst dieses Jahres ermittelt werden können, wie viele Mittel Baden-Württemberg in den kommenden Jahren abrufen könne. Er hoffe nach wie vor, für einige Bereiche künftig mehr Mittel zu erhalten; so wolle die Europäische Union für die territoriale Zusammenarbeit auch mehr Mittel zur Verfügung stellen. Aber auch die innerdeutsche Verteilung der Mittel müsse noch abgewartet werden, ehe er sagen könne, wie viele Mittel Baden-Württemberg erhalte.

Die Verabschiedung des mehrjährigen Finanzrahmens im Herbst dieses Jahres veranlasse die Landesregierung, die entsprechenden Programme noch rechtzeitig auszugestalten. Allgemein begrüße er es, dass das Europäische Parlament sein Recht, über den Haushalt der Europäischen Union zu bestimmen, nutze; Ergebnis der Beratungen sei, dass es für 2016 eine Revisionsklausel geben solle.

Zum 1. Juli 2013 sei Kroatien Mitglied der Europäischen Union geworden. Dies sei auch ein Erfolg der Zusammenarbeit Baden-Württembergs mit Kroatien. Demnächst würden die Verhandlungen der Europäischen Union zur Aufnahme Serbiens einsetzen. Baden-Württemberg wolle auch entsprechend mit Serbien, beispielsweise in den Bereichen Justiz und Umwelt, zusammenarbeiten.

Abg. Rita Haller-Haid SPD teilte mit, jedes der angeführten Themen sei es wert, ausführlich darüber zu diskutieren. Da der Landtag aber in seiner Plenarsitzung am 18. Juli 2013 noch über die Mitteilung Drucksache 15/3703 beraten wolle, schlage sie vor, die vorliegende Mitteilung in der Ausschusssitzung nur kurz zu behandeln.

Abg. Josef Frey GRÜNE brachte vor, er danke Minister Peter Friedrich für seinen Einsatz im Bundesrat.

Abg. Joachim Köbler CDU merkte an, er begrüße, dass der Minister für Finanzen und Wirtschaft ebenfalls Bedenken hinsichtlich der Einführung einer Finanztransaktionssteuer innerhalb der Europäischen Union geäußert habe. Diese Bedenken habe seine Fraktion schon lange gehabt. Eine Finanztransaktionssteuer würde beispielsweise die Liquiditätsversorgung der Banken belasten, und die auf Fonds basierende Rentenversorgung würde sich nicht mehr ohne Weiteres rentieren.

Bei Einführung einer europäischen Bankenaufsicht müsse darauf geachtet werden, dass nur die systemrelevanten Banken von der Europäischen Zentralbank beaufsichtigt würden.

Abg. Josef Frey GRÜNE erklärte daraufhin, der Finanz- und Wirtschaftsminister habe geäußert, dass die vorliegenden Pläne zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer korrigiert werden müssten. Dabei gehe es um die detaillierte Ausführung dieser; die Landesregierung sei keinesfalls gegen die Einführung einer Finanztransaktionssteuer.

Abg. Joachim Köbler CDU entgegnete, er habe mehrmals darauf hingewiesen, dass die Auswirkungen einer Finanztransaktionssteuer abgeklärt werden müssten. Er sei dem Finanz- und Wirtschaftsminister sehr dankbar, dass er diesen Punkt aufnehme. Ursprünglich sei geplant gewesen, eine Lenkungssteuer einzuführen, aber die Beratungen hätten dazu geführt, dass stattdessen eine Finanztransaktionssteuer eingeführt werden solle, über die sich die Europäische Union finanzieren könne. Er spreche sich nicht gegen eine Finanztransaktionssteuer aus, sondern dafür, dass eine solche eingesetzt werde, um ihrem Ziel gerecht zu werden.

Minister Peter Friedrich führte aus, er hätte es begrüßt, wenn die Bundesregierung die offenen Fragen zur Finanztransaktionssteuer bereits früher aufgegriffen hätten, aber immerhin beschäftige sich das Bundesfinanzministerium mittlerweile damit.

Bei einer europäischen Bankenaufsicht bedürfe es eines abgestuften Systems. Er halte die dazu vorgebrachten Regelungen für sinnvoll und dränge darauf, dass die Bilanzsumme der Banken einbezogen werde. Denn dies stelle nicht alleiniges Kriterium für ein Sicherungssystem dar. In der derzeitigen Diskussion werde nicht nur die Systemrelevanz der Banken, sondern würden auch die auf nationaler Ebene bestehenden Abwicklungsfonds betrachtet.

Abg. Joachim Köbler CDU merkte an, bei gemeinsamen Fonds bestehe immer die Gefahr, dass im Falle einer Pleite alle haften müssten.

Der Ausschuss beschloss ohne förmliche Abstimmung, dem Plenum zu empfehlen, von der Mitteilung Kenntnis zu nehmen.

26. 07. 2013

Joachim Köbler

**Empfehlung und Bericht****des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft  
an den Ausschuss für Europa und Internationales****zu der Mitteilung der Landesregierung vom 28. Juni 2013  
– Drucksache 15/3703****Bericht über aktuelle europapolitische Themen**

## Empfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 28. Juni 2013 – Drucksache 15/3703 –  
Kenntnis zu nehmen.

04. 07. 2013

Der Berichterstatter:

Joachim Kößler

Der Vorsitzende:

Karl Klein

## Bericht

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft behandelte die Mitteilung Drucksache 15/3703 in seiner 34. Sitzung am 4. Juli 2013 vorberatend für den Ausschuss für Europa und Internationales.

Ein Abgeordneter der CDU führte aus, seine Fraktion habe sich im Rahmen einer Mündlichen Anfrage in der Plenarsitzung am 20. Juni 2013 nach der Position der Landesregierung und des Ministers für Finanzen und Wirtschaft zur Finanztransaktionssteuer erkundigt. Er könne die Kehrtwende des Ministers hinsichtlich der Einführung dieses Instruments nachvollziehen. Die Finanztransaktionssteuer sollte nicht überstürzt eingeführt werden. Sie belaste auch Banken stark, die sich in Bezug auf spekulative Geschäfte und den Investmentbereich nicht unbedingt sehr engagierten. Andererseits seien auch Privatleute im Zusammenhang mit einer Fondsanlage erheblich betroffen. In dieser Hinsicht müsse nachjustiert werden, damit es nicht zu Fehlsteuerungen komme.

In erster Linie sollte die Finanztransaktionssteuer eine Lenkungsfunktion erfüllen und nicht eine Finanzsteuer sein. Es zeige sich immer stärker, dass der finanzielle Aspekt auch im Vordergrund stehe.

Es sei richtig, dass die Europäische Zentralbank die Bankenaufsicht übernehme, zentral steuere und eine Weisungsbefugnis im Hinblick auf Verordnungen erhalte. Wenn die Banken künftig im Europäischen Stabilitätsmechanismus einen Zugriff haben sollten, müsse ein Ordnungsrahmen bestehen und geregelt sein, dass die Banken beaufsichtigt würden. Andernfalls könnte der Europäische Stabilitätsmechanismus stark beeinträchtigt werden.

Wichtig und sehr gut geordnet sei die Trennung des geldpolitischen Teils von der Bankenaufsicht. Allerdings müsse insbesondere bezüglich des deutschen Bankensystems darauf geachtet werden, dass nicht zu viel Bürokratie entstehe.

Hinsichtlich der verfassungsgerichtlichen Kontrolle des Anleiheprogramms der Europäischen Zentralbank (EZB) gehe es um die Frage, ob es zur Geldpolitik der EZB gehöre, für Finanzmarktstabilität zu sorgen. Wenn diese Frage bejaht werde, könne das Bundesverfassungsgericht seines Erachtens kein Urteil gegen die bisherigen Maßnahmen fällen. Eine andere Frage sei, ob das Bundesverfassungsgericht die Angelegenheit an den Europäischen Gerichtshof weiterreiche.

Ein Abgeordneter der SPD wies darauf hin, er erkenne im Verhalten des Finanz- und Wirtschaftsministers gegenüber der Einführung einer Finanztransaktionssteuer keine „Kehrtwende“. Der Minister habe vielmehr im Sinne aller Fraktionen die Position des Landes präzisiert. Über das Thema „Lenkungswirkung der Steuer“ sollte noch einmal gesprochen werden. Auf dieses Thema nähmen aber auch andere Seiten Einfluss.

Was im Übrigen den Finanzrahmen betreffe, so liege es sicherlich nicht im Interesse des Landes, dass insbesondere bei der Wissenschaftsförderung Abstriche vorgenommen würden. Bei den EFRE-Verhandlungen wiederum bestehe die begründete Aussicht, dass sich Baden-Württemberg bezüglich der Strukturfonds besser positionieren könne als in der Vergangenheit.

Ohne förmliche Abstimmung verabschiedete der Ausschuss die Empfehlung an den federführenden Ausschuss für Europa und Internationales, dem Plenum zu empfehlen, von der Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 15/3703, Kenntnis zu nehmen.

09. 07. 2013

Joachim Kößler

**Empfehlung und Bericht  
des Ständigen Ausschusses  
an den Ausschuss für Europa und Internationales**

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 28. Juni 2013  
– Drucksache 15/3703**

**Bericht über aktuelle europapolitische Themen**

Empfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 28. Juni 2013 – Drucksache 15/3703 –  
Kenntnis zu nehmen.

11. 07. 2013

Der Berichterstatte:

Dr. Ulrich Goll

Der Vorsitzende:

Dr. Stefan Scheffold

Bericht

Der Ständige Ausschuss beriet die Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 15/3703, vorberatend für den federführenden Ausschuss für Europa und Internationales in seiner 23. Sitzung am 11. Juli 2013.

Der Ausschussvorsitzende schlug vor, die Empfehlung an den federführenden Ausschuss für Europa und Internationales zu verabschieden, dem Plenum zu empfehlen, von der Mitteilung der Landesregierung Kenntnis zu nehmen.

Der Ausschuss stimmte ohne förmliche Abstimmung zu.

16. 07. 2013

Dr. Ulrich Goll